

Mit dem Drängen nach Weiterentwicklung, das auf allgemein wirtschaftlichem und geistigem Gebiet sich geltend machte und ungehemmt betätigen durfte, wollte naturgemäß auch das auf politischem Gebiet gleichen Schritt halten, fand aber hier eine mächtige Einschränkung an der Staatsregierung. Unter dem Ministerium Hassenpflug war trotz heftiger Kämpfe um die Verfassungsauslegung noch manches Gute zustande gekommen, aber er hatte 1837 den hessischen Staatsdienst infolge eines unbedeutenden Zerwürfnisses mit dem Mitregenten verlassen müssen, und unter seinen Nachfolgern, insbesondere seit Scheffer am Ruder war, stockte die Staatsmaschine gänzlich, eine unleidliche Reaktion mit Polizeischikanen, mit Unterdrückung der öffentlichen Meinung und religiöser Intoleranz, besonders Verfolgung der Deutschkatholiken, trat ein. Als am 20. November 1847 Kurfürst Wilhelm II. in Frankfurt gestorben war, hieß es sogar, daß der nunmehrige Kurfürst Friedrich Wilhelm mit der Absicht umgehe, die Verfassung ganz zu beseitigen, die, von jenem erlassen, für ihn keine bindende Kraft mehr habe. Nur weil er der auf die Verfassung vereidigten Offiziere nicht sicher sei, trete er nicht gleich mit der Absicht hervor.

So fand die Kunde von der am 24. Februar 1848 in Paris ausgebrochenen Revolution in Hessen und Cassel einen wohlvorbereiteten Boden. Noch war man aber hier zu keinem Entschlusse gekommen, als am 2. März bereits eine Deputation von Hanau und am 4. eine solche von Marburg anlangte. Der Erlaß, zu welchem sich der Bundestag in Frankfurt am 1. März an die deutschen Fürsten und Völker bequeme, indem er zur Einigkeit mahnte, und die Kunde von dem Eintreffen der Deputationen steigerten die Aufregung bedeutend. Als man hörte, daß beiden auf den andern Tag, einen Sonntag, Audienz beim Kurfürsten zugesagt sei, beriefen die städtischen Behörden noch auf den Abend eine allgemeine Versammlung in den Stadthausaal, die sehr besucht war und nach lebhafter Debatte eine vom Obergerichtsanwalt Schwarzenberg entworfene Petition genehmigte.<sup>1)</sup> Einige kleine Zugeständnisse, die der Kurfürst gemacht, wie daß er dem zum Oberbürgermeister der Residenz gewählten Obergerichtsanwalt Hartwig endlich die Bestätigung erteilt, daß er das bisher verbotene Frankfurter Journal erlaubt, daß er der Suppenanstalt 200 Taler geschenkt habe, übten keine Wirkung mehr. Sonntag, den 5. März, als um die Mittagszeit eine außerordentliche Menge Volkes in der Königsstraße und am Friedrichsplatz vor dem Palais versammelt war und erwartungsvoll hin-

1) Der Darstellung liegt i. w. zugrunde: Karl Lynker: Histor. Schilderung der Ereignisse, welche sich von Anfang März bis Mitte April 1848 in Cassel zugetragen haben. Cassel 1848.